

Resolution 01

der **AUGE/UG** -

Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen

zur 172. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer

am 23. Juni 2022

Resolution „Für ein weltweites, würdiges Leben in einer intakten Umwelt und unter Wahrung der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte“

Die Vollversammlung der Bundesarbeitskammer,

erkennend, dass es kein Zurück zu den Gegebenheiten vor 2019 und unseren sorglosen Umgang mit Ressourcen, den Menschenrechten und alleiniger Konzentration auf unbegrenztes Wachstum und Gewinnmaximierung Einzelner geben kann und auch darf, feststellend, dass ein grundlegendes Umdenken im Hinblick auf unsere Definition von Arbeit, Wohlstand, unsere aktuellen ökonomischen Prinzipien und den Umgang mit unser aller natürlichen Ressourcen alternativlos ist,

- aufgrund unseres jahrzehntelangen Wissens um die herankommende Klimakatastrophe und die Grenzen unseres Wachstums,
- aufgrund der Erfahrungen mit den Auswirkungen einer Pandemie und deren weltweiten Auswirkungen auf alle Lebensbereiche,
- aufgrund des Wissens um die katastrophalen und langdauernden Auswirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen,
- aufgrund der sich durch technologischen Wandel dramatisch verändernden Lebensrealitäten,

in Erinnerung an den Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Die Grenzen des Wachstums, von 1972, der bereits vor Jahrzehnten deutlich machte, dass alles weltweit zusammenhängt: Bevölkerungsentwicklung, unser Umgang mit Natur, Energie und Rohstoffen sowie auch unser Begriff von Arbeit und Leistung,

mit Bedauern feststellend, dass all diese Wandlungsprozesse bestehende Ungleichheiten in einem Ausmaß verstärken werden, das wir uns nicht vorstellen können und vor deren Auswirkungen niemand verschont bleiben wird, weil wir durch Globalisierungsentwicklungen über alle Weltgegenden hinweg verbunden und auch abhängig voneinander sind,

in Erinnerung an die seit Jahrzehnten abgegebenen Lippenbekenntnisse und nur zaghafte umgesetzten Maßnahmen der politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen,

mit Bedauern feststellend, dass es noch immer viel zu wenig sichtbare, verbindliche und wirksame Anstrengungen und Umsetzungspläne auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gibt, um eine in allen Belangen humane, lebenswerte und gesunde Zukunft auf einem intakten Planeten zu sichern,

in Sorge um ein Leben in Würde für alle, unter Gewährleistung der unteilbaren Menschenrechte, in weltweitem Frieden, Solidarität und einer gesunden Umwelt, mit Diskriminierungsschutz in allen Dimensionen,

verweisend auf

- den Global Rights Index des IGB 2022, der aufzeigt, wie einschneidend die Auswirkungen der COVID-Pandemie auf die Rechte von arbeitenden Menschen weltweit waren und in welchem Ausmaß aufgrund dieser Krise Eingriffe in grundlegende Rechte erfolgt sind,
- den sechsten IPPC Sachstandsbericht, der aufzeigt, dass uns nur mehr ein kleines Zeitfenster bleibt, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern, indem wir sofort weltweit einen umfassenden Systemwandel im Umgang mit unseren Ressourcen, der Gestaltung unserer Wirtschaftssysteme und unseren Blick auf Arbeit und Lebensweise herbeiführen,
- die Analysen und Handlungsempfehlungen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen und Verbänden aus dem sozialen, ökologischen, entwicklungspolitischen und kirchlichen Bereich sowie den Arbeitnehmer:innenvertretungen.

gilt es basierend auf Sachlichkeit, Faktenwissen, unter dem Einsatz all unseres Know-Hows und unter Einbeziehung der Verantwortlichen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, solidarisch und unverzüglich umzusetzen:

- treffsichere und wirksame Lieferkettengesetze im Sinne von höchstmöglichen Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards an allen Stellen der Kette, mit starken Rechten für Beschäftigte und Interessensvertretungen, mit zivilrechtlichen Konsequenzen im Schadensfall und nicht nur zur Imagepflege der Konzerne für noch mehr Profite.
- Handelsabkommen, die sozial und ökologisch arbeitende Unternehmen belohnen und dafür Sorge tragen, dass Globalisierung für alle an allen Standorten gerecht ist und weder Mensch noch Natur ausbeutet und

anerkennen, dass Daseinsvorsorge und öffentliche Güter keine Handelswaren sind.

- Heranziehung neuer wirtschaftlicher Rahmen und Maßstäbe abseits von BIP und Wachstumsdogma, neue Arbeitszeitmodelle sowie Anerkennung von ökologischer Kostenwahrheit.
- Verantwortung nicht länger individualisieren, sondern strukturelle Weichenstellungen einleiten, wie etwa die vollständige Umwandlung des Budgets für klimaschädlicher Investitionen und Subventionen in Maßnahmen für den Klimaschutz, Strukturwandel und Just-Transition.
- Mitwirkung an der Entstehung von internationalen Klimabündnissen mit dem Ziel einer akkordierter Umwelt-, Sozial- und Arbeits- sowie Steuer- und Handelspolitik.

Wir haben keine Zeit mehr für persönliche Vorlieben, der Erfüllung von Einzelinteressen oder einen Rückzug in ausgrenzendes Denken und Handeln.

Wir sind die letzte Generation, die noch einen gewissen Einfluss auf den bereits realen und zum Teil bereits irreversiblen Klimawandel mit all seinen ökologischen und sozialen Auswirkungen hat, und müssen alles unternehmen, um das Schlimmste zu verhindern.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--